

Krise

Schub für die weitere
Privatisierung der öffentlichen
Daseinsvorsorge ?

Schwerpunkte:

- 1. Was ist Privatisierung, Formen und Wellen der Privatisierung**
- 2. Begründungen und Realität anhand von Beispielen**
 - 1. Hintergründe und Triebkräfte**
 - 4. Krise und Privatisierung**
 - 5. Schlussfolgerungen - Handlungsansätze**

Privatisierung ist

- **Jegliche Form der Öffnung/Überlassung von für die Gesamtgesellschaft elementaren bisher öffentlichen Gütern, Dienstleistungen, Einrichtungen für/an die Privatwirtschaft**
- **Unterwerfung dieser bisher an den Kriterien des Gemeinwohls ausgerichteten Bereiche unter *Profitorientierung, Marktlogik und Wettbewerb***

Formen 1

- Überführung öffentlicher in private Unternehmen (Post, Telekom, Bahn, Energie...)
- Verkauf/Teilverkauf von staatlichen und kommunalen Unternehmen (Stadtwerke, Wohnungsgesellschaften, Kliniken...)
- Privatwirtschaftliche Bereitstellung bisher öffentlicher Dienstleistungen (Straßen, Altenpflege...)

Formen 2

- **PPP/ÖPP = Öffentlich-Private Partnerschaft**
 - ❖ Investoren übernehmen Bau oder Sanierung, Betrieb, Bauunterhaltung und Finanzierung öffentlicher Gebäude und Einrichtungen (Schulen, Rathäuser, Kindergärten, Messehallen, Krankenhäuser...).
 - ❖ Die öffentliche Hand zahlt dafür 20 bis 30 Jahre lang eine Miete.

Formen 3

- Übertragung von sozialer Sicherung an private Finanzmärkte = Privatisierung von Risiken durch private Vorsorge (Gesundheitswesen, Rente.....)
- Verwandlung von Teilen der Natur (Wasser, Gene...) in Privateigentum
- Privatisierung von sozialem Wissen (Patente)

Privatisierungswellen

1

- **1. Welle (60er bis 80er Jahre):** Reprivatisierung verstaatlichter Industrieunternehmen - z. B. VW, VEBA, VIAG
- **2. Welle (90er Jahre – EU-vermittelt):** Bereiche der Infrastruktur und der Versorgung: Post, Telekommunikation, Energie (Strom, Gas, Atom...)
- **3. Welle (90er Jahre):**
Systemtransformation der ehemaligen DDR: Riesige Übertragung von Eigentumsrechten vom Staat an Privatunternehmen (Treuhand als Agentur)

Privatisierungswellen

2

- **4. Welle (Beginn Ende 90er Jahre):**
Kernbereich der öffentlichen Güter/ Dienstleistungen
(soziales Wohnen, Bildung, Wissenschaft, Verkehr,
Gesundheit, Öffnen der Sozialsysteme für die
Privatwirtschaft)
- **Ganz neu:**
Ausverkauf von Naturgütern (Wasser, Gene

Begründungen für Privatisierung

- Der Staat spart Kosten.
- Günstige Preise, vielfältiges Angebot und hohe Qualität durch Konkurrenz
- Die Bevölkerung wird besser versorgt.
- Mehr Arbeitsplätze
- Privatwirtschaft ist effizienter
- Partnerschaft von öffentlicher Hand und Privatwirtschaft als Lösung der Finanznot der öffentlichen Hand
- Neu: Nachhaltigkeit.....

... und die Realität? – Beispiel Post

- Privatisierung 1995 als Post AG – bis 2005 Verkauf aller staatl. Anteile
- Ausbau zum Global Player
- Heute: Post-AG Teil des global agierenden Deutschen Post World-Net-Konzerns
- Shareholderorientierung (hohe Dividende + Managergehälter)

... und die Realität? – Beispiel Post

Arbeitsplätze und – bedingungen:

- Von 1990 bis 2004: Abbau von rund 120.000 Arbeitsplätzen – Abbau geht weiter
- Verstärkt: Umwandlung von Vollzeit- in Teilzeit + zunehmend 400 € Jobs, Leiharbeiter, Billiglöhner
- Permanente Umstrukturierungen, Leistungsdruck, Überwachung
- Sonderschichten/Überstunden in allen Bereichen
- Gesamtbranche: Insgesamt weniger Arbeitsplätze mit schlechterer Qualität

... und die Realität? – Beispiel Post

Service und Preise:

- Abbau der Postfilialen bis hin zur Schließung des Filialnetzes – dafür: Agenturen in Geschäften und Tankstellen
- Abbau der Briefkastendichte
- Automatisierung der Dienstleistungen (Paketboxen, automatische Postinseln)
- Tendenz: (Privat-)Kunde zahlt mehr und muss mehr Leistungen selbst erbringen

... und die Realität? – Beispiel Telekom

- Privatisierung als AG 1995 - staatl. Anteile heute: direkt 14,8 % (über BMF) + indirekt 16.9 % über KfW
- Ausbau zum Global Player
- Heute: global agierender Telekommunikationskonzern - Schwerpunkt Europa (aber auch Nord-/Südamerika, Asien, Südafrika)
- Shareholderorientierung (hohe Dividende + Managergehälter)

...und die Realität? – Beispiel Telekom

Arbeitsplätze und – bedingungen:

- Abbau von 110.000 Arbeitsplätzen bis 2004 (Halbierung) weiterer Abbau bis heute
- Ca. 40.000 Beschäftigten in Beschäftigungsgesellschaft (Vivento) mit Lohnkürzung
- Permanente Umstrukturierungen – Leistungsdruck – Flexibilisierung
- Gesamtbranche: Insgesamt weniger Arbeitsplätze mit schlechterer Qualität

... und die Realität? – Beispiel Telekom

Service und Preise:

- Gesunkene Preise vor allem durch technischen Fortschritt und gnadenlose Billigkonkurrenz der Anbieter zulasten der dort Beschäftigten
- Serviceverschlechterung und -verteuerung
- aggressiver Kundenkampf – Unübersichtlichkeit der Angebote

... und die Realität? – Beispiele Energie und Bahn

vglb. Post + Telekom bezogen auf:

- Herausbildung global agierender Konzerne und politisch eingesetzter Wirtschaftsmacht
- Shareholdervalueorientierung
- Arbeitsplätze - Arbeitsbedingungen
- Preise
- Dienstleistungsqualität
- Ökologische – gemeinwohlorientierte Investitionen

... und die Realität – weitere Beispiele

- **LEG (Verkauf an Immobilienfonds von Goldman Sachs):**

- Mieterhöhungen (z. B. Bonn 20 %)
- Verzicht auf Instandhaltungen und Modernisierung

- **Uni-Kliniken Marburg + Gießen (Verkauf an Rhönkliniken):**

- Abweisung von nicht profitbringenden Patienten
- Abbau des Pflegepersonals
- Verschlechterung der PatientInnenversorgung
- Patienten haben Angst

Beschäftigungsfolgen der Privatisierung öffentl. Unternehmen

- **Durch Privatisierung öffentlicher Unternehmen in Deutschland seit Anfang der 90er Jahre mindestens 600 000 Arbeitsplätze verloren**
- **Im öffentl. Dienst von 1991 bis 2006 Wegfall von mehr als 2,1 Millionen Stellen (ca. 1/3)**
- **Insgesamt mehr Jobs gestrichen als geschaffen.**
- **Neue Jobs bei privaten Konkurrenten: Häufig schlechter bezahlt oder Minijobs (*z. B. private Briefdienste 2/3 geringfügig Beschäftigte)**

(Ergebnisse Studie des Wirtschafts- u. sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung
- nicht erfasst: Bildungs-, Kultur-, Sozialeinrichtungen, Entsorgung – bislang gibt es keine vollständige Erhebung über Beschäftigungsfolgen der Privatisierungspolitik
Quelle: Frankfurter Rundschau vom 25.09.2008 und *) 16.11.06)

... und die Realität? – PPP

Bildungszentrum Ostend Frankfurt/M:

- Projektgesellschaft THEO übernimmt Bau, Finanzierung, Planung und Betrieb des BZO (1 Musikschule, 2 Abendgymnasien, eine VHS, 1 Berufsschule, 1 Bankakademie).
- Die Stadt mietet die fertig gestellten Gebäude für 20 Jahre (im 1. Jahr 3,9 Millionen €, Steigerung jährlich um 1,5 %, im letzten Jahr muss die Stadt die Gebäude für das Doppelte der Miete kaufen = insgesamt 102 Millionen € Mietkosten)

... und die Realität? – PPP

Beispiel BZO Frankfurt/M:

- Projekt als erfolgreiches Vorbild gepriesen: 25 Prozent Effizienzvorteil im Vergleich zu städtischer Planung, Finanzierung, Bau und Betrieb.
- Durch Aktivitäten der GEW Frankfurt, des städtischen Revisionsamtes und Anfragen der „Linken“: Informationen, die sonst der Öffentlichkeit verborgen bleiben
- Exemplarische Anatomie eines PPP-Projektes

... und die Realität? – PPP

Beispiel BZO - Privatwirtschaftlichen Akteure:

- **THEO:** Eigens für das BZO gegründete Projektgesellschaft: Südleasing GmbH (Tochter d. **Landesbank BaWü**) und **Bauunternehmen Müller-Altwater** (Tochter d. niederl. Baukonzerns Royal BAM Group – spezialisiert auf PPP)
- **Wirtschaftskanzlei Clifford Chance Pünder:** Beratung bei der Vertragsgestaltung
- **Beratungsfirma Private Sector Participation Consult (PSPC):** Erstellung eines Wirtschaftlichkeitsvergleiches privat – öffentlich
- **Alfen Consult GmbH:** Erstellung eines (geheim gehaltenen) Gegengutachtens gegen die Kritik des städtischen Revisionsamtes

... und die Realität? – PPP

Beispiel BZO Frankfurt/M:

- Verträge geheim, ungenau, rechtsunsicher
- Mindere Bauqualität, enge Räume
- Kosten-/Qualitätsrisiken zulasten d. Stadt
- Kontrolle eingeschränkt/aufwändig
- Extra-Kosten

... und die Realität? - PPP

Beispiel Schulen Landkreis Offenbach:

- PPP-Projekt mit den Bauunternehmen Hochtief und SKE: von 2005 bis 2020 Sanierung und Betreuung aller 90 Schulen des Landkreises Offenbach
- Vertragswerke (4000 Seiten) sind geheim.
- Vereinbarte Mietzahlungen steigen seit 2005:
Zu Beginn 52 aktuell 60 Millionen €
(Kosten vor PPP ca. 30 Millionen €)
- Beratungskosten: ca. 17 bis 30 Millionen €
- Zunehmende Verschuldung des Landkreises und damit verbunden Druck auf Stellenabbau.
- Forfaitierung mit Einredeverzicht = Vertragsteil

... und die Realität? – PPP

„Forfaitierung mit Einredeverzicht“ (in der Regel Teil der Mietverträge bei PPP) meint:

- Der Investor geht mit dem Mietvertrag zu seiner Bank und verkauft die Mietforderungen.
- Die Bank schätzt den Gesamtwert der Mieten für die gesamte Laufzeit und zahlt dem Investor den Gesamtbetrag sofort aus (mit gewissen Abzügen).
- Die Stadt verpflichtet sich, die Miete an die Bank zu zahlen – bei Einredeverzicht, also unabhängig davon, ob der Investor mangelhaft arbeitet oder gar, wenn er Pleite geht.

... und die Realität? – PPP

- **2006 Präsidenten der Landesrechnungshöfe:**
Warnung vor langfristigen Risiken -
„Laufende Ausgaben treten an die Stelle von Zins- und Tilgungslasten und belasten künftige Haushalte in gleicher oder ähnlicher Weise...“
- **2009 Kritik des Bundesrechnungshofes**
an den 4 PPP-Autobahn-Pilotprojekten (privater Ausbau, Erhalt, Betrieb gegen Verpfändung der Mauteinnahmen):
„Bund übernimmt unkalkulierbare Risiken – absehbar teurer als im vergleichbaren öffentlich verantworteten Bau und Betrieb“

... und die Realität? – Gesamtfazit

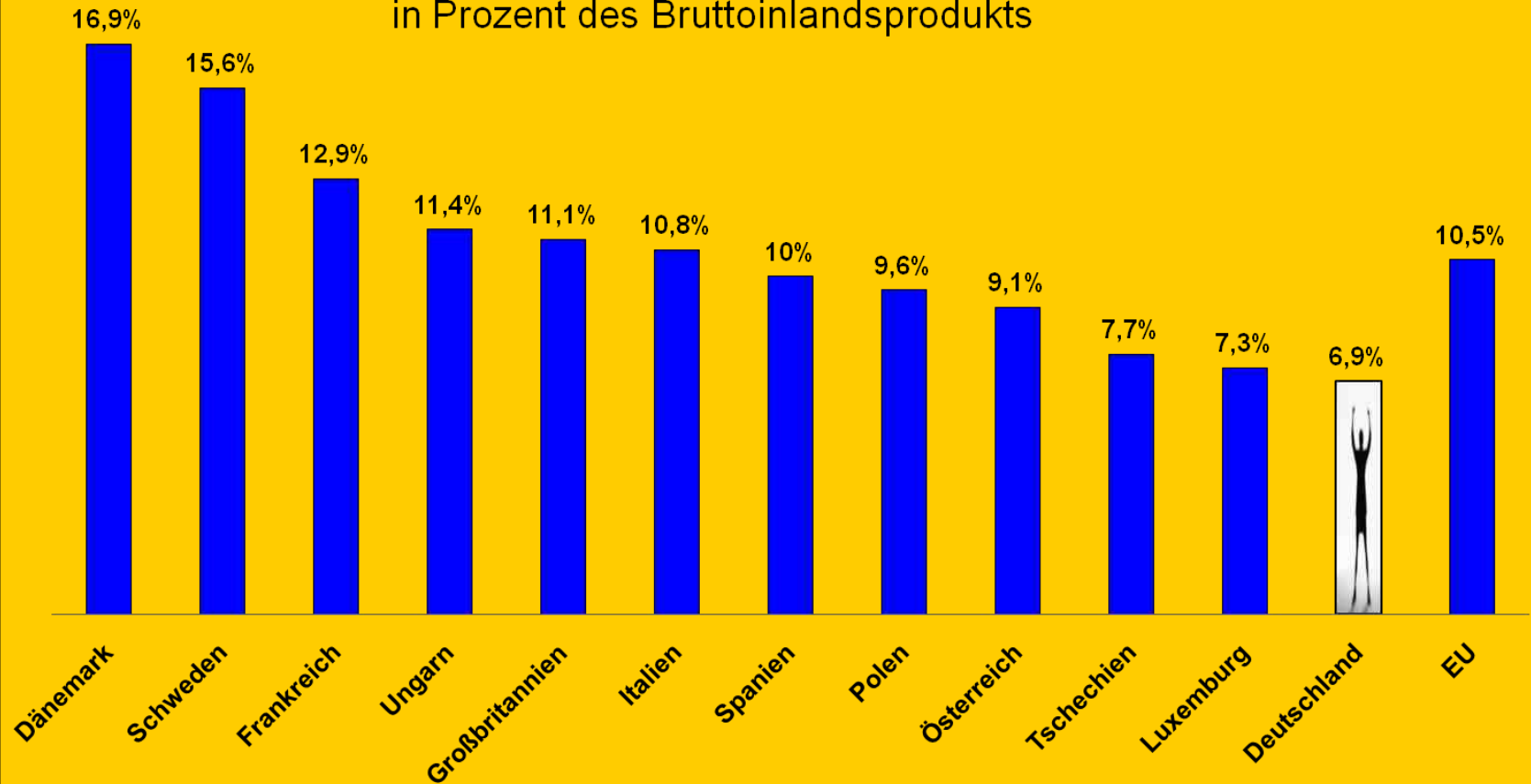
- Keine Lösung der Finanzprobleme der öffentlichen Hand
- Konkurrenzkampf und Erwirtschaftung der Profite zulasten der Beschäftigten
- Herausbildung großer Konzerne bzw. Konzerne und Großbanken dominieren die Privatisierungszene
- Verschlechterung der Versorgungsqualität
- Höhere Preise
- Verlust der politischen Steuerungs- und Kontrollmöglichkeiten (kommunal und den Konzernen gegenüber)
- Privatisierung der Politik - Entdemokratisierung



Schlusslicht Deutschland

Ausgaben für öffentlich Beschäftigte 2007
in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik



Quelle: Europäische Kommission

Beispiele international

Probleme nach der Privatisierung:

Strommarkt:	USA, Schweden, GB	Fehlplanungen, Sparen an nötigen Reparaturen, Marktkonzentration, hohe Preise
Eisenbahnen:	Großbritannien	Zunahme der Verspätungen u. Unfälle, Wiederverstaatlichung v. Railtrack
Busverkehr:	London	Rückgang des Fahrgastaufkommens, immense Preissteigerungen
Wasserversorger:	Großbritannien, Argentinien Bolivien	Preisexplosionen + Entlassungswellen, Sinken d. Wasserqualität, verkommt,
Infrastruktur Bevölkerung→	Barrikaden	
Gesundheit:	USA, Philippinen	Teuer, diskriminierend, aussgrenzend...
Pensionssystem:	Chile, Großbritannien;	Pensionen unter der Armutsgrenze

(aus Vortrag/Präsentation zur Privatisierung von Attac)

Neoliberale Entfesselung der Märkte ab Anfang der 70er

- Inhalt: Globale Markt-/Exportorientierung und Konkurrenz – Deregulierung – Flexibilisierung – Privatisierung – Sozialabbau – Wettbewerbsstaat – Umverteilung – Schwächung der Gewerkschaften
- Entfesselung der Profitorientierung und gesellschaftlich destruktiven Marktkräfte
- Politische Umsetzung: Aufkündigung des Bretton-Woods-Systems, Reaganismus, Thatcherismus, Kohl, EU-Binnenmarkt/-Lissabonstrategie, rot-grün, Agenda 2010-Politik, schwarz-rot
- Finanzmarktkapitalismus – Privatisierung als ein Feld

Global

- Politik der westlichen Industrieländer zur Marktöffnung für Waren und Kapital und zur Privatisierung der Dienstleistungen im Interesse ihrer nationalen Konzerne und Banken über IWF, Weltbank, WTO + bilateral
- Privatisierungsaufgaben im Rahmen neoliberal ausgerichteter Strukturanpassungsprogramme über IWF und Weltbank

Die Rolle der EU



1

EU- Binnenmarkt und Lissabonstrategie

- **EU-Binnenmarkt:** Vorrang des möglichst uneingeschränkten Wettbewerbs und der 4 „Grundfreiheiten“ (Waren, Kapital, Dienstleistungen, Niederlassung) = **Vorrang von Privat vor Staat**
- **Steuerwettbewerb** (Standortkonkurrenz) → fehlende staatl. Einnahmen → Feld für Privatisierungswirtschaft)
- **Restriktive Haushaltspolitik** (Maastrichtkriterien= Einschränkung für öffentl. Investitionsmittel)
- **Lissabonstrategie:** Finanzmarktkapitalismus in Europa + Privatisierung als Teil davon

Die Rolle der EU



2

Dienstleistungsrichtlinie ab 2009:

- Soziale Dienstleistungen = wirtschaftliche Tätigkeit („allgemeine wirtschaftliche Dienstleistungen“) + unterliegen EU-Wettbewerbsrecht
- Öffentliche Unternehmen eher eng zu begrenzende Ausnahmen
- Bedeutet: Politische und finanzielle Unterstützung von PPP (EIB)
- EU-GH-Rechtsprechung unterstützt dies

Die Rolle der EU



3

Global Europe

- Privatisierung als Kernelement von Global Europe (WTO – EPA)

Deutschland

1

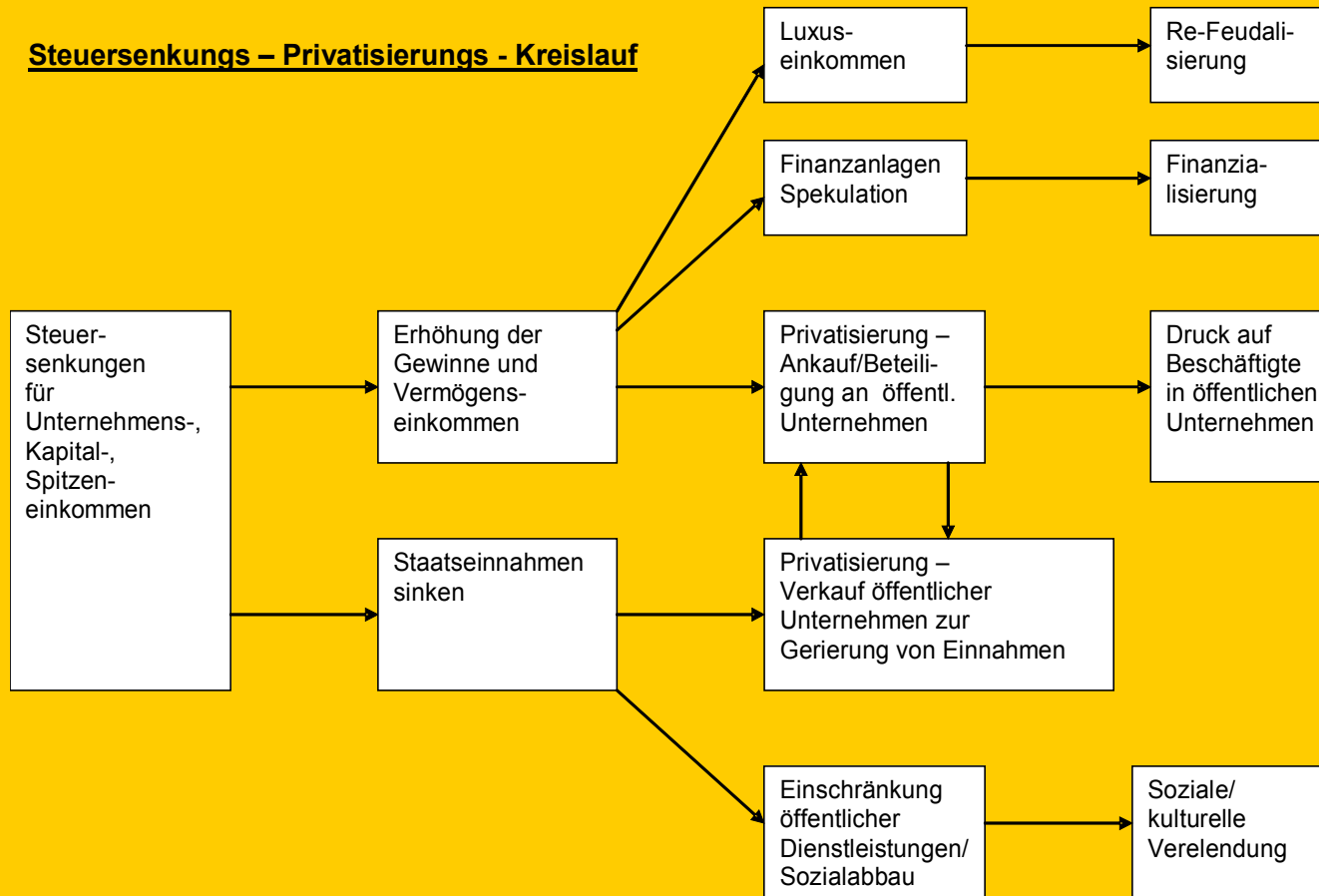
- Ab Mitte der 80er: Privatisierung als Teil der Umsetzung der neoliberalen Politik (Kohl, rot-grün, schwarz-rot) in Verbindung mit EU-Binnenmarkt (Deregulierung der Finanzmärkte, Steuerreformen, Privatisierung von Post, Telekom, Energie, Bahn.....)
- Ab Mitte/Ende der 90er: Privatisierung als Geschäftsfeld von Investmentbanken, Konzernen (Bau, Energie, Verkehr...), darauf spezialisierten Anwaltskanzleien, Beratungsunternehmen usw.

Deutschland

2

- Finanznot des Staates und der Kommunen als Folgen der neoliberalen Finanz-/Steuerpolitik
- Staatl. Mindereinnahmen durch rot-grüne Steuerreformen 2000 bis 2005:
 - Bund: 82 Mrd €
 - Länder: 56 Mrd €
 - Gemeinden: 10 Mrd €*
(Quelle : WSI-Mitteilungen 10/2008, Seite 554)
 - Insgesamt: 167 Mrd €
- Schwarz-rot 2008/2009:
 - Körperschaftssteuersatz ab 1.1.2008 von 25% auf 15% (minus 10 Mrd. € pro Jahr)
 - Abgeltungssteuer ab 1.1.2009 nur noch 25%.

Steuersenkungs/Privatisierungskreislauf



Akteure der Privatisierung sind die des Finanzmarktkapitalismus

- **Banken**
- **Institutionelle Anleger, Fonds**
- **Konzerne (Bau, Verkehr.....)**
- **Beratungsfirmen, Gutachter**
- **Anwaltskanzleien, Steuerfachleute**

Die Politik rollt den Teppich aus 1

- **PPP/ÖPP-Beschleunigungsgesetz 2005:**
 - Ermöglichung Ausbau von Bundesfernstraßen durch private Betreiber
 - Zugang offener Immobilienfonds auf Beteiligungen an PPP – Projektgesellschaften
 - Befreiung von der Grunderwerbssteuer bei Übertragung von Grundstücken an PPP – Projektgesellschaften
 - Befreiung von der Grundsteuer für im Rahmen einer PPP von der öffentl. Hand überlassenen Grundbesitz
 - Befreiung von der Umsatzsteuer für PPP-Beteiligte
- **Gesetzesvorhaben: PPP-Vereinfachungsgesetz 2009**

Die Politik rollt den Teppich aus 2

- Herbst 2008: Gründung einer „neutralen“ Beratungsagentur Partnerschaften Deutschland „ÖPP Deutschland AG“ – BMF im Auftrag der Regierung
- Mission: „Markt für Öffentlich-Private Partnerschaften in Deutschland öffnen.“
- Öffentl.- private AG: 40 %
Anteile f. d. Privatwirtschaft



Die Politik rollt den Teppich aus 3

NRW:

- PPP-Initiative NRW 2001/2008
- **PPP-Beirat** (Finanzminister, Mitarbeiter Ministerium, Rechtsanwälte, Unternehmensberater, Industrie-verbände, Versuch Einbindung d. Gewerkschaften)
- **PPP-Task Force** 2001/2008:
 - Generierung, Begleitung, Standardisierung v. PPP
 - Entwicklung neuer PPP-Handlungsfelder
- 2007 Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung: Einschränkung d. eigenen wirtschaftlichen Tätigkeit von Kommunen – Vorrang für PPP



Politikberatung / -beeinflussung

Beispiel Gestaltung des PPP-Beschleunigungsgesetzes 2005:

Einrichtung einer Projektarbeitsgruppe der Bundestagsfraktion der SPD = breite Heranziehung von internen und externen Beratern, besonders Vertreter teilweise weltweit agierender Unternehmensberatungs-, Wirtschaftsprüfungs-, Steuerberatungs- und Finanzierungsgesellschaften und Großkanzleien - u.a.

- Zentralverband Deutsches Baugewerbe, Berlin
- Hauptverband der Deutschen Bauindustrie, Berlin
- Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft (*Unternehmen des Bundesverkehrsministeriums zur PPP-Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft*)
- Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb mbH, Köln (*Unternehmen des Bundesverteidigungsministeriums; Privatisierungsspezialisten im Bereich der Bundeswehr*).
- Bundesverband Deutscher Banken, Berlin
- Verband deutscher Hypothekenbanken, Berlin
- Pricewaterhouse Coopers, Frankfurt (*weltweit agierendes Beratungsunternehmen*)
- KPMG, Berlin und KPMG Corporate Finance, Frankfurt
Der Beratungs-Multi ist in 142 Ländern vertreten - Eigenwerbung > weltweit größte Organisation im Bereich professioneller Dienstleistung<
- VBD Beratungsgesellschaft für Behörden mbH, Berlin (*Private Beratungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeitsvergleiche, Machbarkeitsstudien ...bei PPP-Projekten*)
- Serco GmbH&CO.KG, Bonn
Tochtergesellschaft des britischen PPP-Dienstleistungskonzerns Serco Group plc
- Linklaters Oppenhoff&Rädler, Berlin (*internationale Rechtsanwaltskanzlei*)
- Hammonds, Berlin (*internationale Rechtsanwaltskanzlei*)
- Clifford Chance, Frankfurt (*internationale Rechtsanwaltskanzlei*)
- Deloitte & Touche, München (*Wirtschaftsprüfungsgesellschaft – international vernetzt*)

Politikberatung/-beeinflussung 2

- **Beispiel Bertelsmannstiftung:**
 - Politikberatung und gesellschaftliche Einflussnahme im neoliberalen Sinne - verbunden mit Sicherung profitabler Geschäftsfelder für die Bertelsmann-AG
 - Eintreten für PPP in Verbindung mit E-Government
 - 2004 Direkte Zusammenarbeit NRW-Innenministerium und Bertelsmannstiftung bei Herausgabe v. Richtlinie für PPP in NRW („Bertelsmannisierung der Politik“)
 - Ab 2004: Bertelsmannstiftung, Initiative D21 u. Rechtsanwaltskanzlei Clifford Chance Pünder: Online-Leitfaden „PPP für die Praxis“ – Projektstudien pro PPP
...
- **Arvato als Dienstleistungsunternehmen von Bertelsmann im Verwaltungs- und PPP-Bereich**

Schlussfolgerungen (Attac + ver.di)

1

- Re-/Umorientierung auf eine Daseinsvorsorge, entsprechend Sozialstaatsgebot Artikel 20 GG
- Aufgaben der Daseinsvorsorge demokratisch verantwortet, organisiert und kontrolliert
- Öffentliche Dienste = Voraussetzung für die diskriminierungsfreie Teilhabe Aller am öffentlichen und gesellschaftlichen Leben und
- Für Zugang von Allen zu lebenswichtigen Gütern und unverzichtbaren Dienstleistungen

Schlussfolgerungen (Attac + ver.di)

2

- Nachhaltige (sozial, ökologisch, ökonomisch) Weiterentwicklung der öffentlichen Daseinsvorsorge: Energie, Verkehr (Bahn, Straße, Wasser, Flug), Kommunikation, Wasser, Geldverkehr, Bildung, Sozialsysteme, Kunst/ Kultur ...
- Gerechtes, die Finanzkraft des Einzelnen berücksichtigendes Steuersystem als Finanzierungsgrundlage

Schlussfolgerungen (Attac + ver.di)

3

- Ablehnung der Privatisierung öffentl. Dienstleistungen im Rahmen sogenannter Public-Private-Partnership - PPP/ÖPP-Projekte
- Hintergründe: Groß angelegtes Komplott/ Projekt der deutschen und europäischen Bau- und Immobilienindustrie sowie großer Banken und Kapitalgesellschaften
- Rücknahme ÖPP-Beschleunigungsgesetz

Handlungsansätze

1

- Privatisierungen sind politische Entscheidungen und müssen so angegangen werden
- Privatisierungsprojekte anhand von Kriterien (siehe folgende Folien) ganzheitlich bewerten
- Alternativen entwickeln
- Politik stellen
- Öffentlichen Druck entwickeln/öffentl. Auseinandersetzung suchen - zuspitzen

Handlungsansätze

2

- Möglichkeiten der betrieblichen Interessenvertretung nutzen (Info-Rechte, Wirtschaftsausschüsse, Aufsichtsräte)
- Kampagnen
- Öffentlichkeitsarbeit/betriebliche Aktionen der VL/Betriebsgruppen, Betriebsversammlungen
- Bürgerentscheide
- Soziale Bündnisse auf örtlich/regionaler Ebene
- Öffentliche Aktionen, Aufklärungs-/Infoarbeit

Handlungsansätze

3

Rekommunalisierung:

- **Dortmund/Bochum:** Rückkauf von Gelsenwasser
- **Hamburg:** Gründet neues eigenes Stadtwerk „Hamburg Energie“
- **Kiel:** 2003 privatisierte Verkehrsbetriebe wieder zu 100% in öffentl. Hand
- **7 Bodenseegemeinden:** Übernahme des Strom- und Gasnetzes in eigene Regie
- **„Wenn es so weitergeht, kann man von einer Renaissance der Kommunen sprechen.“**
(Stephan Weil, Präsident des Verbandes kommunaler Unternehmen u. OB Hannover)

Handlungsansätze

4

Attac:

- **Antiprivatisierungsnetzwerk**
- **Anti-PPP-Kampagne beschlossen**

Krise als Privatisierungsschub?

Einerseits:

- Mehrheitliche Ablehnung der Privatisierung durch die Bevölkerung
- Auch zunehmendes Umdenken von Kommunalpolitik spürbar

Andererseits:

- Einbruch der Steuereinnahmen
- Absehbare politische Kräfteverhältnisse
- EU und Bundesregierung (BMF!) machen in Sachen Privatisierung/PPP neoliberal weiter.
- Die Privatisierungswirtschaft stellt sich verstärkt auf - das Casino geht weiter.

Kriterien zur Bewertung von Privatisierungsprojekten

1

- **Werden den gewählten politischen Gremien alle Unterlagen vorgelegt (z. B. alle + vollständige Verträge) ?**
- **Genannte Ziele und absehbare Auswirkungen überprüfen (z. B.: Kosten/Einnahmen/Verluste für Kommune, zugesagte Leistungen, Leistungen für die Bürger, Zusagen zu Arbeitsbedingungen/Arbeitsplätze.....)**
- **Die Ziele nicht nur für die Startphase sondern für die gesamte Laufzeit der Privatisierung überprüfen (z. B. längerfristige Einnahme- und Steuerungsverluste bilanzieren)**

Kriterien zur Bewertung von Privatisierungsprojekten

2

- **Regionale und gesellschaftliche Wirkungen einbeziehen: Kaufkraft, Steuereinnahmen, Arbeitsplätze, Sozialsysteme, Kostenerhöhung für die Bürger (höhere Preise, weitere Wege, Wegfall von Dienstleistungen.....)**
- **Kosten für Beratung und Dienstleistungen zum Privatisierungsvorhaben einbeziehen (Beratungsunternehmen, Rechtsanwälte, Banken...)**

Kriterien zur Bewertung von Privatisierungsprojekten

3

- **Nicht öffentliche Vertragsbestimmungen und deren Folgen berücksichtigen (staatliche Gewinngarantien, Übernahme von bestimmten Schulden/Kosten, verbilligte Grundstücke, Verwertungsrechte nach Laufzeitende...)**
- **„Nebenwirkungen“ berücksichtigen (erhöhter Aufwand für die Kontrolle, bei Nichterfüllung von Vertragsbestandteilen oder Veränderungen auf der privaten Seite z. B. Eigentümerwechsel...)**

Kriterien zur Bewertung von Privatisierungsprojekten

4

**Kriterien der gemeinschaftlichen
Daseinsvorsorge anlegen:**

- **Qualität und Sicherheit**
- **Gleicher Zugang für alle unabhängig vom sozialen Status, ethnischen Status, Geschlecht**
- **Erhaltung von Ressourcen und Umwelt (Grundwasser, Boden, Luft...)**

Cochabamba / Bolivien

- **1999 Vertrag über Wasserversorgung und Abwasserentsorgung**
→ internationales Konsortium/Konzerne (u.a. Bechtel, USA)
→ 40 Jahre Laufzeit + Gewinngarantie
- **Preissteigerungen von über 100% in wenigen Wochen → Proteste (April 2000) → Ignoranz der Regierung → massive Proteste, Generalstreik**



- **Schließlich Kündigung des Vertrags → Konsortium klagt Schadensersatz (aus Vortrag/Präsentation zur Privatisierung von Attac)**